

## Schreiben von Franz Etzel an Ludwig Erhard (Bonn, 2. Juni 1955)

**Legende:** Aufgrund einiger Presseerklärungen zur Wiederaufnahme der europäischen Integrationsprozesses richtet der Deutsche Franz Etzel, Vizepräsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), am 2. Juni 1955 ein Schreiben an den deutschen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, in dem er diesen um Erläuterungen zur Europapolitik der bundesdeutschen Regierung bittet.

**Quelle:** Bundesarchiv, Koblenz, Potsdamer Str. 1 56064 Koblenz. <http://www.bundesarchiv.de>, Bundesministerium für Wirtschaft, BArch B 102/11580.

**Urheberrecht:** Bundesarchiv Koblenz

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/schreiben\\_von\\_franz\\_etzel\\_an\\_ludwig\\_erhard\\_bonn\\_2\\_juni\\_1955-de-504ef407-7459-4546-a5e0-298be15dd286.html](http://www.cvce.eu/obj/schreiben_von_franz_etzel_an_ludwig_erhard_bonn_2_juni_1955-de-504ef407-7459-4546-a5e0-298be15dd286.html)

**Publication date:** 05/11/2015



## Schreiben von Franz Etzel an Ludwig Erhard (Bonn, 2. Juni 1955)

Herrn  
Bundeswirtschaftsminister  
Professor Dr. Ludwig Erhard  
Bonn

Lieber Herr Erhard!

Mit einiger Sorge sehe ich auf die Presseberichte, welche Ihre Reden in den letzten Tagen kommentieren. Ich weiß zwar sehr gut, daß Presseberichte nicht immer zuverlässig sind, aber wenn sich solche Berichte in dem Sinne häufen, daß wiederholt etwas dargestellt wird, das objektiv nicht richtig ist, werde ich doch sehr besorgt.

Herr Throm hat in der "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 28. Mai auf Seite 7 unter der Überschrift "Umgefallen?" folgendes als Ihre Meinungsäußerung wiedergegeben:

"Professor Erhard hat uns, bevor er am Mittwoch nach Kanada abgeflogen ist, nochmals ausdrücklich erklärt, in seinen auf engere wirtschaftliche Zusammenarbeit gerichteten Vorschlägen sei für supranationale Behörden kein Platz. Die Anregung, die den Außenministern der Montanunionsländer bei Ihrer Konferenz auf Sizilien vorgelegt werde, sei deshalb auch kein Integrationsprojekt im Sinne der Luxemburger Sprachregelung. Das weiß zumindest die deutsche Seite (also Ich) innerhalb der Hohen Behörde, die über den deutschen Vorschlag in einer Aussprache am Montag unterrichtet worden ist und die diesem Vorschlag ihre Unterstützung zugesagt haben soll."

In "Le Monde" vom 1. Juni 1955 heißt es auf Seite 12 unter der Überschrift "L'Europe n'est pas une solution en soi" déclare M. Ludwig Erhard en inaugurant la Foire de Toronto":

"Si l'intégration doit se réaliser, a notamment déclaré M. Erhard, ce ne sera pas dans le cadre d'une forme institutionnelle ou d'une réglementation interne, car tel n'est pas le moyen de faire l'Europe."

Beide Äußerungen sind objektiv zweifellos unrichtig.

Schon in der Einleitung des Memorandums der Bundesregierung über die Fortführung der Integration heißt es im ersten Absatz:

"Die Bundesregierung ist - in Übereinstimmung mit anderen Partnerländern der Montangemeinschaft - der Überzeugung, daß der Zeitpunkt gekommen ist, eine weitere Etappe auf dem Wege zur Errichtung eines politisch und wirtschaftlich geeinten Europas in Angriff zu nehmen."

Unter B heißt es unmittelbar vor C:

"Die Bundesregierung schlägt vor, unter der Verantwortung des Ministerrats der Montangemeinschaft ein ständiges Konsultativorgan zu bilden, das die Aufgabe hat, Vorschläge für die institutionelle Ausgestaltung entsprechend den Fortschritten der Integration zu machen"

Bei solcher Situation ist doch klar, daß das Ziel der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Stabilisierung derselben durch institutionelle Einrichtungen sein soll, wobei dieses Ziel allerdings erst schrittweise erreicht werden kann. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß für Institutionen und supranationale Behörden in diesen Vorschlägen kein Platz sei. Institutionen und damit supranationale Behörden sind das Ziel unserer Vorschläge.

Ich hatte gestern Gelegenheit, die Dinge noch einmal mit dem Herrn Bundeskanzler zu besprechen. Er hat mich nicht nur ermächtigt, sondern auch gebeten, in der Öffentlichkeit zu erklären, daß die Integrationspolitik der Bundesregierung mit der Übertragung nationaler Souveränität auf eine supranationale Ebene unverändert das Ziel seiner Politik sei. Er hat weiter entschieden, daß der Weg dazu Gegenstand einer Aussprache unter seinem Vorsitz sein soll, die in den nächsten Wochen in Bonn stattfindet und an der alle beteiligten Herren und auch ich teilnehmen sollen.

Lieber Herr Erhard, ich habe die absolute Hoffnung, daß die Zeitungsberichte falsch sind. Ich bitte Sie aber dringend, mir das zu bestätigen. Eine Zusammenarbeit, wie wir sie in Eicherscheid begonnen haben, ist doch unmöglich, wenn kurz hinterher von Ihnen das Gegenteil von dem gesagt wird, was in Eicherscheid zumindest als Ziel angestrebt wurde.

Für heute bin ich mit herzlichen Grüßen

Ihr Franz Etzel